

Roland Winkler  
08280 Aue  
Linkes Ufer  
- Strategiedebatte der Linkspartei

29.07.20

Liebe FreundeInnen,

es macht fast Mut wenn Hessens Linke mit ihrer Debatte die soziale Frage und Frieden zum Kern ihrer Strategie macht. Es macht Hoffnung, weil es mehr als endlose leere formale Floskeln sind, die das Linke vortäuschen sollen. Es hat Konsequenz, weil folgerichtig ein rot-rot-grün eine Absage erhält. Es hat Konsequenz und linkes Verständnis, dass nicht nur Tages-fragen die Politik bestimmen können, Missstände allein angeprangert werden können und nur über parlamentarische Mehrheiten nachgedacht wird, was zwangsläufig politische Verwässerung bedingt. Korrumpierende Macht ist immanenter Bestandteil von bürgerlichem Parlamentarismus. Bis in die Gegenwart ist das die Erfahrung der Geschichte.

Über eine solidarische Zukunft nach Corona ist nachzudenken, ist mit den Mitgliedern und Verbänden zu streiten und es ist der linken Klientel nahezubringen, verständlich zu machen.

Über solidarische Zukunft nachdenken, das hieße Corona nicht als lästigen vorübergehenden Virus zu begreifen. Es ist der Anlass und Auslöser einer Krise dieser Gesellschaft und als solches zu verstehen. Stellen wir uns einen Moment vor, ein Sozialismus, gesellschaftliches Eigentum an Produktionsmitteln und Produktion nach Bedarf und Bedürfnissen müsse über Zukunft nach Corona nachdenken. Was wäre da das Krisenproblem? Autoindustrie? Konzernforderungen nach Milliarden? Wären Entlassungen, Pleiten und Untergang der Wirtschaft die Folge? Wären blühende kriminelle Finanzgeschäfte die Zukunft für das Kapital? Was also ist Coronakrise? Ob die Linke zu elementaren Wahrheiten zurückgelangt?

Dazu gehört auf jeden Fall über die Frage Krieg- Frieden nachdenken. Wenn wir mehr und mehr den Glauben mittragen oder auf die Ebene einschwenken, dass es nach bürgerlichen Verständnis uns Wertegemeinschaft nur um Menschenrechte geht, deshalb wir uns nicht verschließen können, wohin ist das gelangt? Menschenrechte selbst, was verstehen wir darunter?

Eine Vier- Tage- Woche fordern ist richtig, wie es jede Forderung nach besseren Arbeits- und Lohnbedingungen ist. Die Forderung macht aber nur Sinn, wenn wir wissen was Spielregeln des Kapitals immer waren und sind, was eine ökonomischen Gesetze sind, die er bis heute nie freiwillig aufgegeben hat. Jede Verbesserung wurde erkämpft. Wie viele Jahrhunderte brauchte der Achtsturentag? Wie weit sind dabei heute? Was wurde schon wieder aufgegeben als Solidarpakt mit dem Teufel ? Wir können müssen alles fordern, Grundeinkommen, Grundrente, Mindesteinkommen oder Viertagewoche usw.. Ohne Klassenkampf wird es nichts geben oder es werden die berühmten Almosen sein, die Armut nicht verhindern. Vielleicht einmal wieder nachdenken, was Ausbeutung, relativ und absolut nach Marx beschrieben ist u d bis heute real existent ist. Nachdenken was Arbeitszeit für kapitalistische Ausbeutung als Quelle des Mehrwertes ist, worauf nie freiwillig verzichtet wird. Es geht um Grundfragen, die aktueller denn je sind. Was ist daran überholt? Am Verhalten des Kapitals ist Marx, Engels, Lenin u.a lebendiger als zu Lebzeiten.

Roland Winkler